

# Altersarmut: Mehr Sichtbarkeit für Unterstützungsangebote gewünscht

Die Informations- und Beratungsstelle Alter (IBA) plädiert für eine gemeinsame Sensibilisierungsaktion aller involvierten Trägerschaften.

Cornelia Lehnert

Altersarmut ist in Liechtenstein und der Schweiz weiterhin ein Thema. Das zeigt eine aktuelle AXA-Studie. Die diesjährige Befragung untersuchte unter anderem die Absicherung der finanziellen Bedürfnisse nach der Pensionierung. Demnach gibt nur ein Viertel der Schweizer Befragten an, im Alter von AHV und Pensionskasse leben zu können. Für Liechtenstein gibt es dazu keine handfesten Angaben, wie Simon Gstöhl vom Amt für Statistik sagt: «Über harte Zahlen, wie zum Beispiel den Rentenansprüchen gegenüber den Sozialversicherungen und Pensionskassen, verfügen wir derzeit leider nicht.»

Laut Jakob Gstöhl, Leiter der Informations- und Beratungsstelle Alter (IBA), sei Altersarmut im Land jedoch weiterhin ein Thema. Zwar beobachten er und sein Team derzeit keinen markanten Anstieg an Anfragen bezüglich finanzieller Engpässe. Ein Grund dafür könnte aber sein, dass Betroffene zu wenig über die Hilfsangebote Bescheid wüssten oder aufgrund diverser Hürden diese nicht in Anspruch nehmen. Daher schlägt er zum einen den Ausbau der Unterstützungsangebote und zum anderen eine ver-



Die Informations- und Beratungsstelle Alter (IBA) wünscht sich einen niederschweligen Zugang zur Aufklärung über bestehende Unterstützungsangebote. Bild: Keystone

stärkte Zusammenarbeit der involvierten Trägerschaften vor.

## Persönliche Gründe verhindern Antragstellung

«Beim Liechtensteiner Seniorbund und der angeschlossenen Beratungsstelle IBA stel-

len wir keine markanten Unterschiede zu den vergangenen Jahren fest», sagt Jakob Gstöhl. Dafür sei die Anzahl an Klienten, die sich aus finanziellen Schwierigkeiten an die Beratungsstelle wenden, zu gering. Aufgrund der Inflation und

Teuerung habe es jedoch zu Beginn des Jahres etwas mehr Anfragen gegeben. «Bei unseren Klienten betrifft dies meistens Ausgaben für die Mietwohnung oder Gesundheitskosten. Aber auch Betreuungs- und Pflegekosten, trotz der fi-

nanziellen Unterstützung», so der Sozialarbeiter. Auch gäbe es Personen, die Schwierigkeiten hätten, ihren Lebensstandard an das geringe Einkommen im Alter anzupassen.

Gstöhl gibt aber zu bedenken, dass die IBA-Klienten vielfach nicht alle Ergänzungsleistungen beantragen, auf die sie Anspruch hätten. «Die Gründe dafür sind mangelnde Informationen und der bewusste Verzicht wegen Überforderung bei der Antragsstellung.» Daneben verweist Gstöhl auf Schamgefühl, Angst oder persönliche Wertvorstellungen als Hinderungsgrund.

## Sensibilisierungsaktion wäre sinnvoll

«Es braucht immer wieder Aufklärung über bestehende Hilfsangebote», betont Jakob Gstöhl und schlägt unter anderem eine breite Informations- und Sensibilisierungsaktion zu den Ergänzungsleistungen vor. «Diese Aktion sollte gemeinsam von gemeinnützigen Organisationen, dem Land, den Gemeinden und den AHV-IV-FAK-Anstalten getragen werden.» Die breite Trägerschaft würde seiner Meinung nach den niederschweligen Zugang zu Ergänzungsleistungen her-

vorheben und könne deren Nichtbezug aktiv reduzieren. «Sprachliche Hürden sollten bei der Antragstellung regelmässig geprüft und abgebaut werden», so der Sozialarbeiter weiter. Gegebenenfalls brauche es auch weitere personelle Ressourcen, um die Betroffenen bei der Umsetzung des Anspruchs zu begleiten. Daneben müsse die Leistbarkeit von Mietwohnungen weiter gefördert werden.

## Gesundheitskosten können problematisch werden

«Die Personen, die uns aufgrund finanzieller Schwierigkeiten kontaktieren, sind grösstenteils Frauen, Alleinstehende und Verwitwete», so Gstöhl weiter. In den vergangenen Jahren hätten jeweils zwischen fünf und zehn Personen die Beratungsstelle kontaktiert, die meisten davon beziehen nur die Rente der AHV und verfügen über keine oder nur sehr geringe zusätzliche Absicherung aus betrieblichen Pensionskassen. «Oder sie beziehen Ergänzungsleistungen, haben jedoch hohe monatliche Ausgaben, da zum Beispiel der Mietzins über dem Budget liegt und ein Umzug in eine günstigere Wohnung sich als schwierig herausstellt.»